

# Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und 0.98 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgebühren). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 1010 Hannover 67 571.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Wg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Wg. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1010 Hannover 67 571.

Nr. 203.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 1. September 1931.

13. Jahrgang.

Gib Licht, o Herr, den Augen, und rühr sie segnend an, Daß sie zum Sehen taugen, gehemmt durch keinen Bann. Laß mich auf rechtem Pfade hingehen, tagaus, tagein Und deiner reichen Gnade getreuer Herold sein.

Martin Ulbrich.

## Junge Generation und Wirtschaftskrise.

Um zu hören, wie man in Kreisen der jungen Generation die Vorgänge der letzten Wochen beurteilt, geben wir einem ihrer Führer, Karl van Enderl, das Wort, die Stellung der jungen Generation zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage darzulegen. Die Schriftleitung.

Notverordnung, Hooverplan, Verhandlungen in Paris, Bankenkrisen, Zahlungsstockung, Diskonterhöhung, Stillhaltekonfession und Volksentscheid, Gehaltsabbau und Mietenförmung, Erntefinanzierung und Ausreisegeld — dem Strudel der Ereignisse zu folgen ist fast unmöglich. Brüning-Diktatur und Direktorium, Reichsreform durch Notverordnung und Gemeindefinanzierung an allen Ecken und Enden — wer mag überhaupt noch Vermutungen aufstellen, was morgen kommt? Leute, die — sollte man meinen — einen besseren Ueberblick über die Dinge der Welt haben als wir Jungen, verlieren den Kopf. Herr Wassermann glaubt, sich einer Gesamtverantwortung entziehen zu können, indem er eine Großbank verfallen läßt: zwei Tage später muß eine heilsame Notverordnung auch seiner Bank erlauben, die Schalter zu schließen. Vierzehn Tage früher: Hoover veröffentlicht seinen Plan — die Börse, ernste Männer die die Welt zu kennen vorgeben, geraten aus dem Häuschen und reagieren wie ein Seismograph bei einem Erdbeben. Nüchtern, mit eigenem Vermögen in den Strudel der Wirtschaft nicht verstrickt, Männer schütteln den Kopf. Sieht man denn immer noch nicht, was geschah? Will man es nicht sehen, weil es in das gewohnte System nicht paßt? Kann man es vielleicht nicht mehr sehen, so etwa, wie ein kranker Arzt sich selbst nur schwer die Diagnose stellt?

Seit im Jahre 1924 Deutschland aus dem Taumel der Inflation erwachte, lebten wir von geborgtem Geld. Jeder Einsichtige wußte, daß die deutsche Krise kommen mußte, auch dann, wenn keine Weltkrise kam. Der Zeitpunkt der Krise war fast frei zu wählen. Bei Ablehnung des Dawesplanes, bei Ablehnung des Youngplans hätte sie früher ausbrechen können. Jetzt trifft sie — das konnte niemand voraussetzen — mit einer Weltkrise zusammen. Diese wieder, eine Folge der Friedensverträge und der Unruhen, die der Krieg über die Welt ausbreitete, ist keine normale Krise des Kapitalismus mehr. Die Maschine der freien Marktwirtschaft, die immer schon mit geringem Reibeffekt arbeitete, leistet nicht mehr das Notwendigste. Man wird sie abschreiben und demnächst ersetzen müssen.

Wir stehen am ersten Anfang dieses kostspieligen Prozesses. Es kommt ganz notwendig und zwangsläufig noch viel schlimmer. Wer diese Erkenntnis nicht vertritt, mag „Optimist“ bleiben, bis er sich totschießen muß. Der Kreis der überationalisierten Betriebe, die nicht mehr leben können, ist immer noch zu groß. Die Schrumpfung der Wirtschaft hat erst begonnen. — Nur wenn man so mit äußerster Nüchternheit, mit nur scheinbarem Pessimismus den Dingen in die Augen sieht, ist man fähig, Hoffnung zu haben, zu glauben, Bausteine bereitzulegen für eine ferne, bessere Zukunft. Die Optimisten wursteln fort, jeder Rückschlag läßt sie verzweifeln. Wir Jungen aber wissen: nur wer innerlich bereit ist, alle Werte umwerten zu lassen, kann überhaupt im deutschen Gegenwartsgeschehen noch einen Sinn finden.

Es gibt eine Menge von Dingen, die vor solcher Betrachtung zweitrangig werden. Lohnt sich das Papier, die bürgerliche Presse auf die Aufhebung der Ausreisegeldverordnung verschwendet hat? Lohnt sich der Aufwand des Volksentscheids in Preußen? Jetzt, nach der Entscheidung, bitten wir um Antwort von den angeblichen „Siege“ und den angeblichen „Besiegten“: sollen wir ernsthaft glauben, daß etwas anderes entschieden sei als tote, ewig tote Zahlen, die in einer Statistik eingetragen werden? Glaubt Herr Braun, daß das Volk für ihn entschieden habe, glaubt Eugenberger wirklich, daß sich anderes ändern würde als die Innehabung gewisser „Posten“, wenn seine doch in Wahrheit zum Schaden Deutschlands so traurig zerstückelte nationale Opposition zur Macht gekommen wäre? Wir schlagen vor, den Herren aus den politischen Parteien ihren Streit allein

zu überlassen. Inzwischen kann man an die Arbeit gehen, die Erkenntnis vom Notwendigen im Volk und in der Regierung zu stärken.

Denn in diesen beiden Faktoren liegt ja Deutschlands letzte, aber auch Deutschlands größte Hoffnung. Wir haben einen Krieg verloren, eine Inflation durchgemacht, eine erste Krise 1926 erlebt, um die Reparationen gebangt, und inzwischen immer wieder wie Stehaufmännchen alle von vorne angefangen. Der Arbeitslose, der statt zu faulenz eine Laube baut, der Musiker, der sich auf den Höhen sein Geld erspielt, der Friseur und der Schuster, der es immer wieder versuchen, hoch zu kommen, der Bauer, der Margarine isst und die Butter in die Stadt schickt, der Lehrling, der barfuß auf der Landstraße Deutschland durchwandert, um irgendwo neue Arbeit zu finden, der kleine Industrielle, der sich selbst an den Schraubstock stellt: sie sind das Deutschland, das uns retten wird. Nicht die Regierung, die dann zufällig am Ruder sein wird, wird es geschafft haben, sondern der unbekannte Deutsche, der sich durchgehungsgerat hat.

Daß gehungert werden muß, ist unabänderlich. Aufgabe der Regierung muß es sein, unnachlässig und streng darauf zu achten, daß das jahrelange Opfer eines Volkes sinnvoll wird. Hier geschieht noch zu wenig. Wir können getrost die Grenzen schließen gegen überflüssigen Luxus: kein Volk stirbt daran, wenn es eine Zeit lang keine Bananen und keine Apfelsinen

essen kann. Wir werden es gewiß ertragen, wenn von dem äußeren Glanz großstädtischen Lebens vieles verschwindet, wenn harte Verpflichtung Leichtigkeit und ein „irgendwie Dahinleben“ wegräumt. Wir begrüßen sogar, wenn daraus eine Abrechnungsfunde werden sollte mit jener sogenannten modernen Gesellschaft, die ihren Maßstab in Sittlichkeit und Moral, in Leben und Lebenlassen dem deutschen Wesen aufzwingen will und über Not und Verantwortung der Gesamtheit nur ein Lächeln hat.

Es wird nicht ohne Verzicht, ohne Härten, ohne Abschieden und ohne bereite Einordnung in das Gebot der Zeit abgehen. Die Lebenszukunft des Ganzen aber steht über allen Sorgen des Einzelnen. Ein Wirtschaftsplan ist uns von der Regierung in Aussicht gestellt worden. Ob er eine Lösung bringt, ob er die notwendige Planung wirklich einleitet? Wenn nicht, wird er nur Hoffnungen wecken, die durch die rauhe Wirklichkeit sehr rasch wieder zerstört werden und doppelte Enttäuschung zurücklassen. Er kann gelingen, wenn eine unerfahrene Staatsführung die Wirklichkeit und nicht die Leitartikel der Interessentenblätter von rechts bis links ins Auge faßt. Er wird gelingen, wenn der Zeit nicht entsprechende Wirtschaftsformen planmäßig in ruhigem Handeln geändert werden. Er muß gelingen, wenn wir alle und jeder Einzelne die Bequemlichkeit, ja, die Notdurft der Gegenwart einer besseren Zukunft zu opfern bereit sind.

## Notverordnete Reichsreform.

Von Dr. Karl Gustav Bittner, Celle.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat im „Deutschen Volkswirt“ einen Reformplan veröffentlicht, der, zum Gesetz gefordert nach den Beschlüssen der Länderkonferenz, durch Notverordnung verwirklicht werden kann. Da die Frage in nächster Zeit wohl stark diskutiert werden wird, geben wir erst dem Verfasser des nachstehenden Artikels das Wort. Wir weisen in diesem Zusammenhang besonders auf das Buch Bittners, „Magie, Mutter aller Kultur“, erschienen bei Otto Wilhelm Barth, München-Munegg, hin.

Es ist, um es vorweg zu nehmen, erstaunlich, wozu der Art. 48 der Weimarer Verfassung nicht alles gut ist. Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen, hat sich eine Verfassung gegeben, mit der man zaubern kann. Denn an Zauberei grenzt es doch, wenn man im Wege einer Notverordnung die innerste Struktur des Staates plötzlich wandeln kann! Und dabei geht die Sache eigentlich furchtbar einfach zu machen: Der preußische Innenminister wird Reichsinnenminister, der Reichsjustizminister wird preußischer Justizminister, die preußische Steuerverwaltung wird „verreichlicht“, wie das schöne Wort heißt — und alles bleibt beim Alten.

Wir haben als Kinder ein Spiel gespielt, das heißt „Schacheln rührt euch“. Wenn dieser Ruf ertönt, müssen alle Teilnehmer ihre Plätze wechseln. Und zwar schnell, denn es ist ein Stuhl zu wenig, und der Langsamste muß stehen bleiben.

Ganz ähnlich die Reichsreform. Nur, daß dabei mehrere Stühle zu wenig sind, bzw. eingezogen werden. Unerfindlich bleibt bei diesem amüsanten Spiel bloß, was sich denn (von der Ersparsnis einiger Ministergehälter abgesehen) nun eigentlich geändert haben soll?

Man muß leider sagen, nichts. Denn sowohl die für moderne Begriffe unfähigen, organische Wirtschaftskörper zerschneidenden Ländergrenzen bleiben bestehen, als auch die absonderlichen Enklaven und Exklaven, die von diesen Grenzen gebildet werden. Das Durcheinander kleiner und kleinster Länder wird durch diese „Reichsreform“ nicht berührt. Und — das wäre doch der Kernpunkt des Höpker-Aschoffschen Vorschlages? — der Dualismus Reich-Preußen ist nicht beseitigt worden. Im Gegenteil, aus dem immerhin noch reinlichen, wenn auch schwer tragbaren Nebeneinander der Kompetenzen ist ein kompromißhaftes Durcheinander geworden, das unorganischer nicht mehr gedacht werden kann.

Freilich kann man von einem Mitbegründer der jung-deutschdemokratischen Staatspartei nicht erwarten, daß er ein Gefühl für das hat, was mit dem Wort „organisch“ ausgedrückt wird: das Bodenständige, aus den Gezeiten seiner eigenen Natur heraus Gewachsene. Die notverordnete Reichsreform ist das gerade Gegenteil davon. Darum wird sie, falls sie Gesetz werden sollte, kaum von langem Bestand sein. Sie ist jedoch deshalb durchaus nicht ungefährlich. Das Unorganische an ihr, das Konstruktive,

kann zu einem schweren Hindernis werden für eine wirkliche, organische Reichsreform!

Höpker-Aschoff behauptet, die kleineren norddeutschen Länder wären „mehr oder weniger bereit, ihre Selbständigkeit als Länder zu opfern, aber sie wollen nicht „Preußen“, sondern „Deutsche“ werden. Es könnten sofort die Verhandlungen darüber eingeleitet werden, wie die kleineren Länder mit den preußischen Provinzen zu Ländern neuer Art zusammenzufassen wären, wie mit den Grenzen dieser Länder die Verwaltungsprenge der großen Reichsverwaltungen abzustimmen wären, wie das vorhandene Staatsvermögen, vor allem Forsten und Domänen, aufzuteilen wären.

Das sind sehr schöne — Ideale. Gewiß können Verhandlungen eingeleitet werden. Was aber wird dabei herauskommen? Man wird mit dem Innenminister verhandeln — wird das, was der preußische Innenminister sagt, auch von dem mit ihm identischen Reichsinnenminister gutgeheißen werden? (Siehe Presse-Notverordnung!) Werden Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig überhaupt bereit sein, sich so ohne weiteres in das zur Zeit noch unbekannte Schicksal von „Ländern neuer Art“ zu begeben?

Doch selbst, wenn es zu solchen Verhandlungen kommt, selbst wenn sie Erfolg haben — wird es möglich sein, irgend etwas Brauchbares, etwas Organisches, etwas Wetterbeständiges an den grünen Tischen der Bürokratie herauszubestillieren? Kaum! Der Höpker-Aschoffsche Plan krankt vor allem daran, daß er in der Reichsreform bloße Verwaltungsreform sieht. Daß er die tausendfältigen seelischen Imponderabilien in gleichem Maß übersehen wie die Forderungen der Wirtschaft.

Der Verfassungstag ist fast überall in diesem Jahr zu einer Gedächtnisfeier für den Freiherrn vom Stein geworden. Warum hat man gerade in der Länderkonferenz vergessen, seinen Geist zu zitieren? Organische Reichsreform ist nur durch Ausbau des Steinschen Gedankens der Selbstverwaltung durchzuführen. Der vorliegende Plan aber bringt nur Chaos in die Selbstverwaltung (soweit man überhaupt noch davon reden kann). Er schleppt den Ungedanken der differenzierenden Reform, der Auflösung des Lutherbundes mit sich, verschärft ihn durch das Kompetenzdurcheinander der preußischen und Reichsministerien und läßt die wichtigsten Fragen ungelöst: Die Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen organischen Einheiten, der kulturellen Stammeseinheiten und der Einheiten der natürlichen Wirtschaftsräume, die sich im wesentlichen decken.

Nein, das ist keine Reichsreform. Das ist Reichsbürokratisierung, die, wenn sie durchgeführt werden sollte, eine echte Reform an Haupt und Gliedern vielleicht für Jahrzehnte verzögern würde — zum schweren Schaden des deutschen Volkes.

## Deflationskrise und Agrarproduktionspreise.

Von Fritz Schwarz, Bern.

gew. Mitglied der schweizerischen Nahrungskommission.

Der in Nr. 195 des Aufwärts erschienene Aufsatz von Herrn Prof. Dr. Ritter scheint etwas verspätet erschienen zu sein: der Verfasser glaubt nämlich noch an die Notwendigkeit eines weiteren Preisabbaues. Diese Notwendigkeit wird aber heute von den maßgebenden Kreisen durchaus nicht mehr geteilt! Schon der Ausdruck, „daß die Preise wieder ihrem Vorkriegszustand zustreben“, wird heute von allen Wissenden mit einem Lächeln abgetan: die Preise „streben“ nie und nimmer, denn sie sind ja nur das Ergebnis des Verhältnisses von Nachfrage zu Angebot. Dabei ist die Nachfrage von der menschlichen Willkür weitgehend abhängig, ist sie doch umlaufendes, zum Kaufen hingeleitetes oder überwiesenes Geld. Das Angebot seinerseits ist dagegen abhängig nicht bloß vom Fleiß des Menschen, sondern auch von der Witterung. Wenn die Preise sinken, so rührt dies daher, daß das nachfragende, das umlaufende Geld der Warenmenge nicht angepaßt worden ist. „Sobald zwischen der Menge der kaufbereiten Waren und der Menge der umlaufenden Zahlungsmittel ein Mißverhältnis entsteht, ist irgend jemand betrogen, — entweder der Erzeuger der Waren, der sie zu billig hergibt, oder aber der Käufer, der sie zu teuer bezahlt.“ (So schreibt die „Finanz-Revue“, das bekannteste Schweizerische Finanzblatt am 12. August 1931).

Herr Prof. Dr. Ritter betrachtet also das Sinken der Preise als ein „Streben“, das in ihnen selbst liegt. In Wirklichkeit aber werden die Preise gesenkt oder gehoben durch die Tätigkeit der Geldversorgung eines Landes.

Zu diesem ersten Irrtum gesellt sich aber noch ein zweiter. Herr Prof. Dr. Ritter sieht in der Volkswirtschaft nur Preise, ähnlich wie die Gewerkschaftsführer immer nur die Löhne sehen. Neben Preisen und Löhnen gibt es aber in der Wirtschaft noch ein Drittes, nämlich die Schulden und die dazugehörigen Zinsen. Wenn in einer derart verschuldeten Wirtschaft, wie es die europäische der heutigen Zeit ist, Preise und Löhne gesenkt werden, so bleibt eines immer auf gleicher Höhe: die Schulden. Sie werden nicht abgebaut, wenn Löhne und Preise gesenkt werden. Und nun überlege man sich: wenn die Preise von 100 auf 70 sinken, wie es in den letzten drei Jahren im Großhandel der Fall gewesen ist, so muß ein Landwirt statt 100 Einheiten einer Ware deren 143 verkaufen, um den gleichen Betrag zu erhalten. Er muß also fast anderthalbmal mehr für den Schuldendienst arbeiten als vor drei Jahren.

Hierzu kommt noch eines: Wenn alle Preise sinken, so entlassen die Industriellen und Handwerker ihre Arbeiter. Die Arbeitslosen werden dem Staate aufgeschlagen. Der Klein- und Mittelbauer, ja, selbst der Großbauer kann das kaum. Die Erzeugung der Landwirtschaft geht daher nicht so stark zurück, wie die der Industrie und des Gewerbes. Daher wird der Druck auf die Landwirtschaftlichen Produktionspreise immer stärker sein als der Druck auf die Preise der industriellen Erzeugnisse. Der Satz von Prof. Dr. Ritter, es möchte die Deflation auf allen Gebieten „gleichmäßig“ vor sich gehen und die Landwirtschaft nicht der Hauptleidtragende in der Deflation sein, kann daher nicht in Erfüllung gehen. Wir haben in der Schweiz eine sehr starke und gut organisierte Landwirtschaft: sie hat es trotzdem nicht verhindern können, daß seit 1920, seit Beginn der großen Deflation in der Schweiz, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte durchschnittlich immer 7 Prozent unter dem Landesindex standen — in dem diese Produkte doch auch wieder verrechnet waren!

### „Offene Türen in Persien“.

Das war der Grundton, auf den das diesjährige 10. Missionsfest der Christlichen Blindenmission im Orient, Berlin-Friedenau, gestimmt war. Wieder, wie in den vergangenen Jahren, durften wir Gäste im schön gelegenen Hermannswerder bei Potsdam sein. Strahlender Sonnenschein verschönte das Fest, zu dem junge Menschen aus allen Lagern der christlichen Jugendbewegung herbeigeströmt waren. In der gottesdienstlichen Feierstunde am Morgen sprach unser zur Zeit in der Heimat weilender Missionar Christoffel an Hand des Textwortes Jes. 62,10 von den Rufen und Schwierigkeiten der Missionsarbeit unter den Völkern des Islams. Mit dem Ruf: „Hier bin ich, sende mich!“ schloß die Predigt. Die Feierstunde am Nachmittag bot schon für das Auge ein schönes Bild: im weiten Umkreis lagerten junge Menschen und ein weiterer Freundeskreis um die von Wimpeln und Standarden umgebene Kanzel. Von „offenen Türen in Persien“ durften wir hören: offene Türen unter den Blinden, unter der persischen Frauenwelt, unter den Niermandkindern! Herr Christoffel führte uns hinaus auf sein geliebtes Arbeitsfeld, und durch seine Worte, die so voll sprudelnder Lebendigkeit waren, klang es immer wieder hindurch: Wo sind die Schritter im Erntefeld? —

Das kurze Schlusswort des Anstaltsgeistlichen, Pastor Kühne, unterstrich diesen Ruf an die Jugend: Baut euch als die lebendigen Steine zum geistlichen Hause! Mit gemeinsamem Gesang schloß das Fest.

Durch unsere jungen Herzen aber zog ein Ahnen von der Größe des Dienstes da draußen, und es wurde zu stillem Gelöbniß:

Schließet die Reiß'n!  
Treu laßt uns sein!

L. B.

Es gibt in der heutigen Zeitlage nur eines: Bekämpfung des Glaubens an die Notwendigkeit einer Deflation. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in Nr. 606 die „internationale Hebung der Preise“ gefordert, und zwar nicht von sich aus, sondern in Anlehnung einer gleichen Forderung des „Macmillan-Reports in England. Selbstverständlich ist auch diese Forderung zu bekämpfen. Was wir verlangen müssen, ist eine Geldversorgung jeder Volkswirtschaft, die der Produktion soviel Geld entgegenwirft, als zu ihrem Absatz notwendig ist. Der feste Preisstand im Großhandel ist der Richtpunkt für diese richtig abgemessene Geldversorgung. Steigt er, so ist das ebenfals ein Warnungssignal wie sein Sinken. In beiden Fällen ist es der staatlichen Notenbank möglich, sofort korrigierend einzugreifen und den Index zu stabilisieren. An dieser Möglichkeit kann man heute nicht mehr zweifeln, nachdem die Schweizerische Nationalbank den Großhandelsindex über ein Jahr lang (1928/29) auf genaueste stabilisiert hatte. Leider ließ sie sich später aber wieder an die Goldwährung binden und sich mit ihr ins allgemeine Verderben ziehen. Aber es sind starke Kräfte am Werke, hier endlich Ordnung zu schaffen und jeden Währungsbetrug, heiße er Deflation oder Inflation, aus der Welt zu schaffen.

### Von London nach Paris...

Nichts ist aufschlußreicher, sowohl vom menschlichen wie vom politischen Standpunkt aus, als wenn man sich nach längerem Aufenthalt im Land der Angelsachsen in Dover, Tilbury oder Southampton auf einen Kanaldampfer setzt und nach Frankreich hinüberfährt. Es sind zwei Welten, deren fundamentale Gegenfährlichkeit einem auf Schritt und Tritt zu Bewußtsein kommt.

Verhältnismäßig klar und leicht zu übersehen ist das politische Gesicht Englands. Sein Dreiparteiensystem — vorübergehende Splittergruppen ändern daran nichts — ist Symbol für die Gradlinigkeit und Unkompliziertheit des englischen Menschen, die häufig an poetische Trokenheit grenzt. Über jedenfalls gibt sich der Engländer nur mit so großer Reserve poetischen Anwendungen hin, daß der uneingeweihte Fremde ihr Vorhandensein nicht erkennt. Diese unromantische Eindeutigkeit des Engländertums hat aber jedenfalls das eine Gute, daß man jenseits des Kanals vor hinterhältigen Zweideutigkeiten bewahrt bleibt. Der Engländer macht einem nichts vor. Er mag seine Interessen rücksichtslos verfolgen, aber er tut es offen. Er ist als Freund wie als Gegner gleich fair. — Der Franzose ist der geborene Intrigant, der Mann der schönen rednerischen Geste, der noch in dem Segner, dem er den Daumen an der Gurgel hält, die Illusion zu erwecken vermag, daß er es herzlich gut mit ihm meine. Von London nach Paris verkehrt werden heißt, aus einer Atmosphäre relativer Klarheit in einen politischen Dunstkreis treten. Die Luft in den politischen Zirkeln ist hier immer irgendwie komplottgeladen. Daß MacDonald und Lloyd George durchaus als Gentlemen miteinander verkehren, ohne irgendwelche schmutzigen Hintergründe, das steht ganz unzweifelhaft fest, es ist darüber überhaupt kein Wort zu verlieren; — wie Tardieu, Briand, Laval zu einander stehen, welche Intrigen und persönlichen Zeitteleien zwischen ihnen spielen, wissen nur sie selber. Es geht hier überhaupt nie um Prinzipien, nur um persönliche Machtgier und Interessenkämpfe. Nehmen wir so eine politische Tageszeitung oder eines der zahlreichen politischen Wochenblätter — was lesen wir da? Keine gelehrten Abhandlungen über grundsätzliche politische Probleme — das wird nur so nebenbei mitgenommen — die Hauptsache sind die persönlichen Anspielungen, der persönliche Tafsatz, an dem diese Blätter und Blättchen überreich sind. So macht man hier Politik! Die Unzahl der Parteien, die alle kein klares Gesicht haben, die Unzahl von Zeitungen, die alle nur persönliches

Sprachrohr irgendeines ehrgeizigen Politikers sind — das vervollständigt das Bild des französischen politischen Lebens. Und alles, was an politischen Vorschlägen aus dieser Atmosphäre kommt, ist mit größter Vorsicht zu genießen. Es besteht immer der — meist gerechtfertigte — Verdacht, daß es weniger um die Sache selbst, als um irgendein geschicktes Manöver geht, das in Wirklichkeit ganz anderen Zwecken als den vorgeblichen dient, das nur dazu da ist, dem „gleichberechtigten Partner“ Sand in die Augen zu streuen. Gerade im Hinblick auf das neuerliche Gerede von verstärkter Westorientierung sei davor gewarnt, sich täuschen zu lassen...

Eines fällt einem sofort auf, wenn man seinen Fuß auf französischen Boden setzt: dieses Land hier hat keine Sorgen, oder jedenfalls keine Beschwerden, die auch nur im entferntesten mit denen seiner Nachbarn verglichen werden könnten. Wo Deutschland und England mit Millionen ziffern von Arbeitslosen rechnen, handelt es sich bei Frankreich um Tausende. In England werden — wie bei uns — schwerste, härteste Sparmaßnahmen erzwungen, die Arbeitslosenunterstützung soll herabgesetzt werden, die Soziallasten auf allen Gebieten eingeschränkt werden, um dem drohenden Millionendefizit im nächstjährigen Haushalt zu entgegen. Die Minister eilen aus ihren Sommerferien nach London, ein Not-Rabinettsrat folgt dem anderen, Baldwin unterbricht seinen Urlaub in Aix-les-Bains, um mit MacDonald zu konferieren, die Gewerkschaften und die politische Labour-Party suchen in nervösen Krämpfen und Kämpfen nach einem nur einigermaßen erträglichen Ausweg — aber es ist natürlich keiner für sie „erträglich“, da alle Sparmaßnahmen in den eigenen Reihen auf lebhaftesten Widerstand stoßen würden. Das sozialistische Prinzip duldet einfach keine Beschneidung der Sozialausgaben, und an diesem inneren Zwiespalt zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und ideologischem Unvermögen zerbricht Englands zweite Arbeiterregierung, und unter Führung des nun von seinen bisherigen Anhängern als Verräter geachteten MacDonald wird ein nationales Kabinet die Aufgabe zu erfüllen suchen, die die Vorgänger unerledigt zurückließen. Was weiter kommt, ob dieses Kabinet, das nur durch konservative Unterstützung lebt, Vorgänger einer reinen Rechtsregierung ist, kann und soll im Augenblick nicht prophezeit werden — eines ist jedenfalls klar; England wird gegenwärtig noch mehr von sich selber abforbiert, als es bei seiner insularen Einstellung schon an sich geneigt ist. Für außenpolitische Eskapaden fehlt es heute noch mehr an der geistigen Voraussetzung als ohnehin. An sich ist der Engländer ja nicht von Erbfeind-Mentalitäten befallen; er kämpft, solange es zu kämpfen gilt; aber nachher kann er seinem Gegner in ehrlicher, anständiger Fairness die Hand hinstrecken — und diese Hand ist heute uns Deutschen hingestreckt. Man scheint das in Deutschland noch nicht recht begriffen zu haben, aber es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Engländer es diesmal ehrlich mit uns meint. Westeuropa steht vor einer politischen Wende, die nur der von 1907 verglichen werden kann, wo durch des Zaren Alexanders Besuch in Paris das russisch-französische Bündnis besiegelt wurde, das 7 Jahre später seine praktische Feuerprobe bestand. Heute werden die politischen Verhältnisse in ganz Europa durcheinander gewirbelt. Ehemalige Feindschaften verwandeln sich in Freundschaften. Staaten, auf die wir in unseren Kombinationen fest rechneten, entgleiten langsam in die französische Machtsphäre... ja, entgleiten wir nicht selber in diese Machtsphäre? Das Gerede von „verstärkter Westorientierung“, auf das bereits vorhin angespielt wurde, liegt doch, wenn man von dem pazifistischen Drum und Dran abläßt — ganz ausgesprochen in dieser Richtung. Wir sollen — mit eigenem Willen! in das Netz der Herren Laval und Bonnet gehen... ja, man mutet dem deutschen Michel allerhand zu... man wird schon wissen warum — England wartet. Es reicht uns seine Hand. Nicht, weil es augenblicklich in

### Jungschlarlager-Bericht.

In der Zeit vom 12. bis 26. Juli fand das diesjährige jährliche Bundes-Jungschlarlager im prächtig gelegenen Bundesheim Grillsburg statt. Insgesamt 125 Jungen nahmen daran teil. In Scharen oder einzeln waren sie aus verschiedenen Gegenden Sachsens gekommen. Erholung und Freude für Leib und Seele brachte ihnen das Lager. In der schönen Natur vermittelte es in fröhlicher Gemeinschaft reiches Erleben und dankbar freuten sich die Jungen an allem, was ihnen geboten wurde. Wie im Fluge vergingen die Tage, in denen es jauchzte und sang in mannigfacher Weise. Besonders an Regentagen wurde fleißig gesungen. Da der Platz im Heim nicht ausreichte, waren in der Nachbarschaft noch Nachtlager eingerichtet. Ein Teil der Jungen wohnte in selbstgebaute Zelten unter kundiger Leitung auf der großen Spielfläche des Bundesheims errichtet. Selbst in der ersten, vom Wetter nicht sonderlich begünstigten Woche des Lagers bewährten sich die Zelte vorzüglich. Gemeinsame Körperübungen mit Atemgymnastik leiteten den Tag ein. Kurze Andachten folgten. Dann wechselten Singstunden, Gesellschaftsspiele, Vorträge, Geländespiele, Lagerzirkus, Pilzfischen, Vorträge oder Geschichtenerzählen in bunter Folge. In der zweiten Woche wurde viel gebadet im idyllischen Schloßteich. Messungen zu Beginn und Ende des Lagers ergaben beträchtliche Zunahmen der Körpergewichte (durchschnittlich 2,8 Pfund) und Brustumfangs (durchschnittlich 2,2 Zentimeter) bei fast allen Teilnehmern. Die gute und reichliche Verpflegung und die allmorgendlichen Leibesübungen haben zu diesem schönen Erfolge mit beigetragen. Unter Gottes Sonne frischer an Leib und Seele geworden, kehrten die Jungen heim. Noch lange werden sie dieser schönen Ferientage gedenken.

Nahezu 50 evang. Erholungslager mit 2150 Knaben haben der Jugend in diesem Sommer Freude und Erholung gebracht.

### Die Bauschule Lage i. L.

Die Bestrebungen der Bauschule Lage i. L., die als selbstständige Lehranstalt dem Technikum Lage i. L. angeschlossen ist, haben in den letzten Jahren viel Beachtung gefunden. Diese Bestrebungen waren darauf gerichtet, die Unterrichtsmethoden ständig der modernen Entwicklung der Bautechnik anzupassen und durch die besondere Pflege der praktischen Entwurfs-, Modellier- und Feldmessungen die Studierenden zu selbstständig arbeitenden Architekten, Ingenieuren und Technikern heranzubilden. Die Unterstützung des Unterrichts durch das vorbildlich eingerichtete Baustofflaboratorium hat sich auf das Beste bewährt. Die Studierenden nehmen mit großem Interesse Untersuchungen an Baumaterialien bis zu den neuesten auf dem Markt erscheinenden Baustoffen vor. Die Einrichtung des Baustofflaboratoriums hat die Bauschule Lage i. L. als eine der ersten deutschen Baugewerkschulen durchgeführt, da bis heute nur wenige dieser Lehranstalten ein Baustofflaboratorium besaßen.

Es ist bekannt, daß bei dem großen Umfange, den nach dem heutigen Stande der Technik die einzelnen Fachgebiete angenommen haben, von den Studierenden des Baumeisterstudiums außer dem allgemeinen Studium der Architektur und des Hoch- und Tiefbaues eine Spezialisierung verlangt wird. Dieser Forderung ist die Bauschule Lage i. L. gerecht geworden. Der neue Lehrplan sieht innerhalb der Abteilungen für Architektur (Hochbau) und für Bauingenieurwesen (Tiefbau) noch Sonderlehrpläne vor für landw. Baukunde, Siedlungswesen und Städtebau, sowie für Eisenhoch- und Brückenbau (Stahlbau), Eisenbetonbau, Straßenbau, Wasserbau und Eisenbahnbau. Die Ueberführung der Lehrpläne erfolgt kostenlos. Der Termin des Wintersemester 1931/32 ist von der Schulleitung auf den 27. Oktober 1931 festgelegt worden.

bedrängte  
Hilfe her  
nes Welt  
„auf der  
dieses M  
gebenden  
es leidet  
litik...

Zusammen

Zu  
Tagung  
fih des  
am Mon  
komitee,  
on Ber  
Vorschlä  
der für  
dere lan  
Instituts  
tigen. W  
Vorschlag

Ferr  
kongreß  
besondere  
begrüßt.  
daß die  
der Affin  
Die zahl  
Willen d

Ein

Vorsch

Der  
digen für  
ausgeart  
Besserun  
lich in d  
in der  
und der  
die schw  
jetztige  
frühtige  
angelegt  
eines In  
sch prä  
den trö  
Teil we  
einbarun  
licher Dr  
übt wer

Auf  
digen de  
Europas  
der gete  
eine gri  
bewusst  
einzigst  
Jollu  
Wege a  
union b

In  
über die  
schliche  
mühen.  
Staaten  
des Ber  
Clem  
Berichte

Do

Im  
les rich  
griffe g  
rung in  
die Lag  
dere Er  
(Eftlan  
gebenen  
Europas

Na  
rechnen.  
Besitz  
Hand d  
men (au  
ufw.) ü  
so geno  
der M  
habe ve  
Man kö  
es in di

Zu  
daß da  
Frage

Der  
daß der  
ruhiger  
reisegeb  
lei, sein  
genfag  
gierung  
So hab  
den Ber  
die Paf

olitikers sind —  
fischen politischen  
Vorschläge aus  
der Voricht zu ge  
gerechtfertigte  
he selbst, als um  
s in Wirklichkeit  
lichen dient, das  
Partner“ Sand  
Sichtblick auf das  
storientierung sei  
man seinen Fuß  
nd hier hat keine  
den, die auch nur  
chbarn verglichen  
England mit Mil  
handelt es sich  
nd werden — wie  
nahmen erwogen,  
abgesetzt werden  
ingeschränkt wer  
it im nächstjähri  
eilen aus ihren  
Kabinettsrat folgt  
einen Urlaub in  
konferieren, die  
our-Party suchen  
nach einem nur  
ber es ist natür  
Sparmassnahmen  
n Widerstand sta  
ip bildet einfach  
t, und an diesem  
ichen Notwendig  
erbricht Englands  
führung des nun  
räter geächteten  
t die Aufgabe zu  
digt zurückziehen  
t, das nur durch  
nger einer reinen  
Augenblick nicht  
lls klar; England  
selber absorbiert,  
schon an sich ge  
en fehlt es heute  
ung als ohnehin.  
Erbfeind-Mentali  
zu kämpfen gilt;  
ehrlicher, anständ  
und diese Hand  
an scheint das in  
zu haben, aber es  
d, daß der Angel  
Westeuropa steht  
r von 1907 vergli  
n Alexanders Be  
Bündnis besiegelt  
tische Feuerprobe  
n Verhältnisse in  
Ehemalige Feinde  
ten. Staaten, auf  
rechneten, entgeg  
phäre . . . ja, ent  
phäre? Das Ge  
“, auf das bereits  
nn man von dem  
— ganz ausge  
— mit eigenem  
und Bonzet gehen  
allerhand zu . . .  
gland wartet. Es  
augenblicklich in  
i. B.  
age i. B., die als  
n Lage i. B. ange  
n viel Bedeutung  
darauf gerichtet,  
obernen Entwick  
über die besondere  
bellier- und Zeld  
ändig arbeitenden  
rn heranzuziehen  
ch das vorbildlich  
sich auf das Beste  
ie großem Inter  
ien bis zu den  
n Baustoffen vor  
ums hat die Bau  
fischen Baugewer  
ur wenige dieser  
i besitzen.  
en Umfange, den  
tik die einzelnen  
den Studierenden  
den Studium der  
ies eine Spezial  
ung ist die Bau  
ne neue Lehrplan  
Architektur (Hoch  
bau) noch Sonder  
Siedlungswesen  
und Brückenbau  
u, Wasserbau und  
Lehrpläne erfolgt  
testers 1931/32 ist  
ber 1931 festgelegt

bedrängter Lage ist. Es wird aus dieser Lage ohne fremde Hilfe herauskommen, dafür sind die inneren Kräfte seines Weltreiches zu gewaltig. Es hat erkannt, daß es 1914 „auf der falschen Seite gekämpft hat“, wie dem Schreiber dieses Artikels kurz vor seiner Abreise von einer maßgebenden politischen Persönlichkeit versichert wurde, — es leidet unter den Folgen seiner eigenen verfehlten Politik . . . und will sie ändern. Sollen wir ihm da nicht

halben Weges entgegenkommen, wo wir doch rassenmäßig, religiös und in der ganzen Art der Lebensauffassung viel besser mit ihnen, als mit unserem westlichen Nachbarn zusammenpassen? Täuschen werden wir England nicht! Das ist ganz klar. Aber wenn wir vernünftige Diplomaten haben (hätten?), dann ist jetzt, jetzt der Augenblick da, zu wählen . . . und die Wahl sollte nicht schwer sein. (Schluß folgt.)

## Verhandlungsbeginn in Genf.

Zusammentritt des Koordinationskomitees. — Die Beratungen des Nationalitätenkongresses.

— Genf, 31. August

Zur Vorbereitung der am Donnerstag beginnenden Tagung des Europa-Ausschusses, die wieder unter dem Vorsitz des französischen Außenministers Briand stattfindet, trat am Montag ein Unterausschuß das sogenannte Koordinationskomitee, zusammen. Die Debatte wird sich insbesondere mit den Beratungen der Wirtschaftssachverständigen, mit den Vorschlägen der britischen Regierung über die Ausdehnung der für Getreide geplanten Ausnahmebehandlung auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse und mit dem Plan eines Instituts für kurzfristige landwirtschaftliche Kredite beschäftigen. Weiter steht noch auf der Tagesordnung der russische Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes.

Ferner tagt jetzt der 7. Europäische Nationalitätenkongress. Bei der Aufzählung der Volksgruppen wurde insbesondere die stark erschienene Delegation der Katalanen begrüßt. Präsident Wilson gab der Erwartung Ausdruck, daß die Zeiten, in denen man im Völkerbund die Theorie der Assimilierung vertreten habe, für immer begraben seien. Die zahlreiche Beteiligung am Kongress zeige den jähren Willen der Nationalitäten zur Selbstbehauptung.

## Europäische Zollunion?

Vorschlag der Wirtschaftssachverständigen des Europa-Ausschusses.

— Genf, 31. August.

Der Bericht, den das Komitee der Wirtschaftssachverständigen für die bevorstehende Tagung des Europa-Ausschusses ausgearbeitet hat, stellt fest, daß die Voraussetzung für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Welt und namentlich in Europa die Herstellung einer größeren Freiheit in dem Umlauf der Waren, des Kapitals und der Arbeit ist. In dem finanzpolitischen Teil werden die schweren Schäden unterstrichen, die sich aus den für die jetzige Krise charakteristischen Lasten ergeben, daß langfristiges Kapital dort keine Anlage findet, wo es produktiv angelegt werden könnte und müßte. Es wird die Errichtung eines Instituts für langfristige Kredite, an das sich private Unternehmen und öffentliche Gesellschaften wenden können, vorgeschlagen. In dem wirtschaftspolitischen Teil werden die Vorteile von internationalen Industrievereinbarungen geschildert. Es wird aber betont, daß kein künstlicher Druck auf die Schaffung von Industriefaktoren ausgeübt werden dürfe.

Auf handelspolitischem Gebiet erblicken die Sachverständigen den Hauptgrund für die jetzige Krise in dem Zerfall Europas in eine Vielzahl von durch Zollschranken voneinander getrennte Wirtschaftsgebiete. Alle Maßnahmen, die eine größere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet bezwecken, müßten im Endziel auf die Herstellung eines einzigen europäischen Marktes, also einer europäischen Zollunion, gerichtet sein. Es werden einige praktische Wege aufgezählt, die die Schaffung einer europäischen Zollunion begünstigen können.

In diesem Zusammenhang spricht sich der Bericht auch über die Bedingungen aus, denen wirtschaftliche Zusammenkünfte und insbesondere Zollunionen untergeordnet werden müßten. Insbesondere müßte dabei eine Schädigung dritter Staaten vermieden werden. An dem handelspolitischen Teil des Berichts haben insbesondere der deutsche Sachverständige Clemens Lammers und der Verfasser des Baseler Berichtes, Layton (England), mitgearbeitet.

## Das Unrecht an den Minderheiten.

Zehn Millionen hektar Land enteignet.

Im weiteren Verlauf des Genfer Nationalitätenkongresses richtete Frau Abgeordnete Rudnicka (Polen) scharfe Angriffe gegen die Unterdrückung der ukrainischen Bevölkerung in Ostgalizien. Von den übrigen Rednern, die sich über die Lage ihrer Nationalitäten äußerten, verdient noch besonders Erwähnung der Abgeordnete Werner Hasselblatt (Estland), der in anschaulicher Weise die dem Kongress übergebene Veröffentlichung über die Lage der Nationalitäten Europas erläuterte.

Nach den vorliegenden Zahlenangaben könne man errechnen, daß es nicht weniger als zehn Millionen hektar Besitz seien, die aus der Hand der Minderheiten in die Hand der Mehrheiten durch verschiedene staatliche Maßnahmen (auf Grund der Enteignungsgesetze, der Agrarreformen usw.) übergegangen seien. Das Land, das den Minderheiten so genommen worden sei, sei nie oder fast nie in die Hände der Minderheiten zurückgekehrt. Der Minderheitenrat habe versagt. Man habe sich der Gewalt beugen müssen. Man könne aber das Recht nicht neben die Kultur, man müsse es in die Kultur hineinstellen.

Zum Schluß verwies der Redner mit Nachdruck darauf, daß das Nationalitätenproblem zur sozialen Frage, zur Frage des Bolschewismus, der Europa bedrohe, gehöre.

Der Vertreter der litauischen Gruppe in Deutschland, Dr. Bydunas, sprach seine Anerkennung darüber aus, daß der deutsche Reichsfinanzminister ihm „in vorbildlicher, ruhiger und vornehmer Gefinnung“ durch Erlaß der Ausreisegebühr von 100 Mark, die damals noch in Kraft gewesen sei, seine Teilnahme am Kongress ermöglicht hätte. Im Gegensatz hierzu haben auch in diesem Jahr wieder einige Regierungen den Delegierten Hindernisse in den Weg gelegt. So haben z. B. auch jetzt wieder die jugoslawischen Behörden den Vertretern der ungarischen Minderheit in Jugoslawien die Pässe nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

## Briand noch schonungsbedürftig.

Nach einer Mitteilung des französischen Außenministeriums wird Briand sich nicht vor Beginn der Volksversammlung des Völkerbundes nach Genf begeben. Professor Baquez hat Briand besucht und eine erhebliche Besserung seines Gesundheitszustandes festgestellt. Immerhin erschien es dem Arzt empfehlenswert, dem Außenminister vor Wiederaufnahme seiner vollen Tätigkeit eine weitere Woche Ruhe zu verordnen.

Briand wird demnach weder an den Verhandlungen des Europa-Ausschusses noch des Völkerbundesrates teilnehmen.

## Kampf um die Zollunion.

Die Pariser Presse und der angebliche Verzicht Österreichs auf die Zollunion.

Paris, 30. August. Trotz des Berliner Dementis fährt die Pariser Presse fort, sich mit dem angeblich bevorstehenden Verzicht der österreichischen Regierung auf die Zollunion zu beschäftigen.

Der „Matin“ gibt allerdings zu, daß sich das Gerücht vorläufig nicht bewahrheitet habe. Doch dürfe man voraussetzen, daß Österreich infolge seiner finanziellen Hilfsbedürftigkeit Vernunft annehmen würde. Aus vielerlei Gründen dürfe man behaupten, daß die Zollunion praktisch schon begraben sei. Niemand in Österreich glaube heute noch an die wirtschaftlichen Vorteile einer Union.

Der „Temps“ meint, in Deutschland gebe man sich in bezug auf die Stimmung in Wien keinen Illusionen mehr hin. Durch die Ereignisse der letzten Monate scheine der Weg zu einer Annäherung zwischen Österreich und dem Reich völlig verperzt zu sein. Wenn Schöber von der politischen Bühne verschwände, müßte die Wiener Regierung von dem Zollunionsplan Abstand nehmen. Ganz gleich, wie das Gutachten des Haager Gerichtshofes ausfallen möge, seien es doch politische Gründe, die der Zollunion einen Riegel vorschieben. Man sei sich darüber klar, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß nur den ersten Schritt zu einer Einverleibung Österreichs in das Reich habe bedeuten sollen.

## Große französische Luftmanöver.

Unter Teilnahme von Zivilflugzeugen.

Wie ein Pariser Blatt mitteilt, werden an den großen Manövern an der Westgrenze im Gebiet von Reims, die Anfang September beginnen, vier Abteilungen privater Verkehrsflieger teilnehmen. Diese Flugzeuge, die eine Motorenstärke von mindestens 80 und höchstens 140 PS haben dürfen, werden von ihren privaten Besitzern gesteuert, soweit sie ein militärisches Flugpatent haben. Die Teilnehmer erhalten eine Entschädigung von 60 Francs (zehn Mark) pro Tag und 300 Francs (fünfzig Mark) pro Flugstunde. Das Bruchrisiko geht zu Lasten des Besitzers. Für die Manöver sind zehn Tage vorgesehen. Man glaubt, daß diese kleinen Verkehrsapparate, die eine Geschwindigkeit von nur 130 Stundenkilometern erreichen, wichtige militärische Dienste als Verbindungsflugzeuge leisten können.

## Erweiterter Devisenaufruf.

Auch Devisenbestände zwischen 3000 und 1000 Mark anmeldepflichtig.

Mit einer dritten Verordnung zur Durchführung der Devisenbewirtschaftung werden jetzt auch Devisenbestände im Nennwert von über 1000 Mark aufgerufen, die durch die erste Durchführungsverordnung zur Kapitalfluchtverordnung vom 21. Juli nicht erfasst worden sind. Für die durch die zuletzt genannte Verordnung bereits erfassten Anmeldepflichtigen, soweit sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, gilt der neue Aufruf nur für ihre Bestände an Gold (außer Kurs gefestigte Goldmünzen, Feingold oder legiertes Gold roh oder Halbfabrikate) und für solche ausländischen Wertpapiere, die anders als gegen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung erworben worden sind.

Anmeldestellen sind wie bisher die örtlich zuständigen Reichsbankstellen und die mit der Befugnis von An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln ausgestatteten Kreditinstitute. Stichtag für die Freigrenze ist der 29. August. Die Anmeldung der Werte hat bis zum 5. September zu erfolgen. Wer nachweisen kann, daß der, der Werte zu vollwirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken bedarf, hat die Entscheidung der Reichsbank oder eines von ihr ermächtigten Kreditinstitutes anzurufen.

Die wichtigste Neuerung an der Verordnung ist die Herabsetzung der Freigrenze des Paragraphen 11 der Devisenbewirtschaftungsverordnung von 3000 Mark auf 1000 Mark. Die neue Freigrenze gilt also nicht nur für den Aufruf, sondern für das gesamte Gebiet der Devisenbewirtschaftung, also z. B. auch für den Erwerb von Devisen, die Verfügung von Devisen usw.

## Reichstagsabgeordneter Gemeinder 4.

— Mainz, 31. August. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gemeinder, der Gauleiter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Bezirk Hessen wurde nach Schluß einer großen Versammlung in der Stadthalle, in der er gesprochen hatte, von einem Herzschlag betroffen. Dem er kurze Zeit darauf erlegen ist.

## Dresdner Bank stimmt zu.

Billigung der Aktienübernahme durch das Reich mit 3 621 893 gegen 11 515 Stimmen.

— Dresden, 31. August

In einer außerordentlichen Generalversammlung nahmen die Aktionäre der Dresdner Bank zu der vorgeschlagenen Erhöhung des Grundkapitals von 100 Millionen Mark um 300 Millionen Mark Vorzugsaktien und die Ermächtigung des Vorstandes zur Begebung dieser Vorzugsaktien an das Deutsche Reich gegen Gewährung von Schatzanweisungen im gleichen Nennbetrag Stellung.

Zu Beginn der Versammlung nahm der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bankier Andreae das Wort und führte u. a. aus:

Die heutige Generalversammlung bringt in der 60-jährigen Geschichte der Dresdner Bank einen Wendepunkt, der die großen Veränderungen anzeigt, die seit dem Versailler Frieden im deutschen Wirtschaftsleben vor sich gegangen sind. Der furchtbare Welterfolg, den unser Volksermögen im Kriege erlitt, ist durch die Inflation als Folge der ersten Epoche der Reparationskämpfe zu einer ungeheuren Kapitalarmut gesteigert worden. Ihre Auswirkungen hätten die deutsche Wirtschaft längst zum Erliegen gebracht, wenn es nicht gelungen wäre, ausländische Kapitalhilfe heranzuziehen, die sich in steigendem Maße bot, nachdem durch den Dawesplan eine neue Epoche der Beruhigung und weltwirtschaftlichen Aufstieges inauguriert zu sein schien. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung.

Erst die Weltwirtschaftskrise brachte Klarheit in die tieferen Zusammenhänge zwischen Reparationslasten und den internationalen Zahlungs- und Kapitalförderungen, es wurde die Erkenntnis des Auslandes, daß Europas wirtschaftliche Kräfte durch politische Probleme gelähmt sind, und so entstand eine Atmosphäre des Mißtrauens gegenüber den kontinentalen Verhältnissen, die nur eines Funkens bedurfte, um ein unheilvolles Gewitter zu erzeugen. Dieser Funke war der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt.

Seit Mitte Mai begann ein Schauspiel, das in der Finanzgeschichte ebenso unerhört dasteht, wie der Weltkrieg in der Geschichte der Kriege und der Versailler Frieden in der Geschichte der Friedensbeschlüsse: die Deutschland und seinen Banken bisher bereitwillig zur Verfügung gestellten Gelder wurden so überflüssig zurückgezogen. Die dadurch ausgelöste Krise traf Deutschland zu einer Zeit, wo es schon seit langem nicht mehr möglich gewesen war, langfristige Anleihen abzuschließen oder an deutschen Börsen inländische Emissionen unterzubringen.

Wolle man in dieser Lage, so legte Bankier Andreae weiter dar, den Banken vorwerfen, sie hätten die kurzfristigen Auslandsgelder nicht flüssig genug angelegt, dann müßte man statt von der Schuld einzelner von einem allgemeinen Schicksal sprechen. Daß aber Deutschland von Mitte Mai bis Mitte Juli drei Milliarden Mark habe zurückzahlen können, sei eine heroische Leistung.

Zum Schluß erläuterte der Vorsitzende das Angebot des Reiches, wobei er betonte, die Bank werde, dies sei der Wille der Reichsregierung, in streng privatwirtschaftlichem Sinne weitergeführt werden.

## Opfer der Krise.

Umfangreiche Kündigungen bei der Gute Hoffnungshütte.

Oberhausen, 31. August. Die Pressestelle der Gute Hoffnungshütte teilt mit: Infolge weiterer Absatzschwierigkeiten sind wir gezwungen, am 1. September auf allen Schachtanlagen je 45 Mann zu kündigen. Ebenso ist unsere Abteilung Brückenbau Sterkrade infolge des stockenden Einganges von Aufträgen gezwungen, etwa 125 Arbeiter zu entlassen. Die Gute Hoffnungshütte hat zur Zeit noch vier Schachtanlagen in Betrieb. Außerdem hat die Gute Hoffnungshütte die Stilllegung des Zementwerkes beantragt. Beschäftigt werden auf dem Werk gegenwärtig noch etwa 100 Mann. Ferner soll ab 1. Oktober ein Personalabbau bei den Angestellten und Beamten im Umfang von 10 v. H. erfolgen.

## Erdbeben in Beludschistan.

Nicht Todesopfer und großer Sachschaden.

London, 31. August. Bei der Erdbebenkatastrophe in Beludschistan wurden acht Personen getötet. Außerdem wurde riesiger Sachschaden angerichtet. Im Geschäftsviertel der Stadt sind alle Privathäuser und mehrere Regierungsgebäude eingestürzt. — Das Zentralgefängnis in Mach wurde gleichfalls vollkommen zerstört, wobei zwei Wärter und vier Zivilpersonen ums Leben kamen. Alle Eisenbahnverbindungen in das betroffene Gebiet sind zeitweilig unterbrochen worden.

## „Zeppelin“ nach Südamerika unterwegs.

Friedrichshafen, 31. August

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 21 Uhr 36 unter Führung von Dr. Eckener zur Südamerikafahrt gestartet. An Bord sind außer der Besatzung zwölf Fahrteilnehmer. Gegen 23 Uhr war das Luftschiff bereits über Basel. Von dort aus führte die nächtliche Fahrt über Besancon, Lyon, Arles zum Mitteländischen Meer, wo es um 8.15 Uhr vormittags in Richtung auf die Balearenischen Inseln gesichtet wurde. Um 10.35 Uhr befand sich das Luftschiff über dem Cap de la Roca. Das Cap liegt bei Javea, rund 50 Kilometer nordöstlich von Alicante, und bildet den Abschluß des Golfes von Valencia im Süden.

## „Graf Zeppelin“ kurz vor den Kanarischen Inseln.

Friedrichshafen, 31. August. Die Bodensunkstelle des Luftschiffbaues Zeppelin erhielt von Bord des „Graf Zeppelin“ folgende Standortmeldung:

„23 Uhr 31, 10 Nord 11,30 West. Fahren mit 70 Seemeilen Stundengeschwindigkeit. Kurs auf Kanarische Inseln. Wollen gegen drei Uhr MEZ, Kanarische Inseln erreichen. Alles in Ordnung. „Graf Zeppelin.“

— Der deutsche Flieger von Gronau führte einen neuen Flug Grönland-Kanada aus.

## 1600-Millionen-Kredit.

— London, 31. August

Das neue Kabinett Macdonald hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Unter Führung des Bankhauses Morgan haben eine Gruppe amerikanischer und französischer Banken England für die Dauer eines Jahres einen weiteren Kredit in Höhe von 400 Millionen Dollar oder rund 1600 Millionen Mark eingeräumt. Soweit der französische Anteil in Frage kommt, werden etwa 400 Millionen Mark durch ein privates Kreditinstitut aufgebracht, während die restlichen 400 Millionen als kurzfristige Anleihe auf dem französischen Geldmarkt aufgelegt werden sollen. Zu diesem Zweck wird die französische Regierung Bonds mit einjähriger Laufzeit ausgeben. Der Zinssatz beträgt 4½ Prozent, doch soll England außerdem gewisse Kapitalsteuern übernehmen.

In welchem Ausmaße und in welcher Form das britische Schahamt von dem neuen Kredit Gebrauch machen wird, darüber lassen sich vorerst nur Vermutungen anstellen. Der Hauptzweck der Kreditbegehung ist natürlich der, die Sicherheit der englischen Währung zu gewährleisten. Gestützt auf den zugedachten Kredit, ist die Bank von England in der Lage, jederzeit Angriffe auf das Pfund, sofern solche nunmehr überhaupt noch erfolgen sollten, abzuwehren. Daneben wird die Kredithilfe England auch einen psychologischen Effekt bringen, der darin besteht, daß neue Kreditkündigungen seitens der Privatbanken unterbleiben und zurückgezogene Gelder zurückfließen. In Auswirkung der Kreditgewährung erwartet man denn auch in England bestimmt den Zustrom neuer Auslandsgelder und eine Verbilligung der Zinssätze. Dem Schahamt wird diese Entwicklung insofern zustatten kommen, als Snowden mit dem Sinken der Zinssätze bessere Chancen für sein Projekt der Umwandlung der Kriegsschulden erhält.

Das bildet aber nur die eine Seite, und zwar die leichteste. Schließlich darf England in der Freude über die Kreditaktion auch nicht übersehen, daß die Aufnahme dieser Auslandsgelder eben auch einen Verzicht auf die Verteidigung des Pfundes aus eigener Kraft enthält. Hoffen wir, daß London die fremde Finanzhilfe nicht noch mit politischen Konzessionen hat erkaufen müssen. Der Teilhaber Morgans, der Bankier Lamont, versichert zwar, politische Bedingungen oder Wünsche in Bezug auf die Verringerung des englischen Staatshaushaltes seien nicht mit der Kreditgewährung verknüpft worden, doch wollen Dementis wenig besagen. Zumindest befreien sie nicht von der Verpflichtung, die weiteren Ereignisse aufmerksam zu verfolgen.

Für Deutschland ist es von Bedeutung, daß England bei der Verfolgung des jetzt beschrittenen Weges auch Anstrengungen unternimmt, um seine Ausfuhr zu steigern und seine Einfuhr zu vermindern. Die deutsche Wirtschaft muß daher für die Zukunft mit einer neuen Erleichterung ihrer Lage rechnen. Die englische Wochenschrift „New Statesman and Nation“ hat daher recht, wenn sie in diesem Zusammenhang von einem „Circulus vitiosus“ spricht und feststellt, daß Abhilfemaßnahmen für eine Nation vor einer Lösung der internationalen Finanzkrise nur vorübergehende Erleichterungen bringen, anderen Nationen dagegen sogar neue Schwierigkeiten schaffen können.

Das Echo, das die Kreditgewährung an England in der Welt gefunden hat, ist stark. Ein besonderer Ton klingt dabei aus der französischen Presse entgegen. Auffällig ist, daß die Pariser Blätter sehr stark die internationale Verbundenheit der Wirtschaftsmächte unterstreichen. So schreibt das „Petit Journal“: „Für Frankreich handelte es sich bei der Kredithilfe nicht nur um eine Sympathieunterstützung gegenüber einem Alliierten, sondern auch um unser eigenes, wohlverstandenes Interesse. Die finanzielle Sicherheit, die England durchzuführen entschlossen ist, nicht hinreichend unterstützen zu wollen, würde bedeuten haben, daß wir selbst in den Zusammenbruch des Pfund Sterling hineingezogen werden. Einem derartigen Abenteuer hätten wir uns nicht leichtfertig aussetzen können. Unsere Pflicht gegenüber einer befreundeten Nation wurde also ergänzt durch den Wunsch, unsere eigene finanzielle Zukunft zu wahren.“ „Le Nouveau“ erklärt: „England hat bisher gemeint, daß es auf Grund seiner Wirtschaft- und Finanzmacht gegenüber den sich auf dem Kontinent abwickelnden Ereignissen gleichgültig bleiben könnte. Die jüngsten Tatsachen haben ihm bewiesen, daß diese Wirtschaft- und Finanzmacht gegen Wirbelstürme, die auf dem Kontinent eintreten können, nicht geschützt ist. Das hat England zu der Erkenntnis gebracht, daß eine enge Verflechtung zwischen den englischen Interessen und denen der gesamten Welt besteht.“

Frankreich mag es sich zugutehalten, daß es nach der Umbildung der englischen Regierung rasch eingesprungen ist. Unheimlich ist diese Hilfe aber nicht gewesen. Denn schließlich ist es Frankreich gewesen, das England in die

Schwierigkeiten gebracht hat, bei deren Überwindung es jetzt „großmütig“ Hilfsleistung leistet. Aber nicht genug damit, scheinen die französischen Blätter jetzt noch der Ansicht zu sein, daß Frankreich auf Grund seiner Hilfsbereitschaft noch Anspruch auf besondere Berücksichtigung hat, meint doch der „Petit Parisien“, mit der Kreditgewährung werde auch die „Entente cordiale“ wieder eine Realität. Womit freilich nicht gesagt ist, daß der französische Spiegel die Tatsachen unbedingt richtig wiedergeben muß.

## Beschlüsse des Katholikentages.

Schärfste Bekämpfung der bolschewistischen Propaganda gefordert.

— Nürnberg, 31. August.

Die bisherigen Verhandlungen des 70. Katholikentages führten zu einer Reihe von Entschlüssen, die jetzt von der Generalversammlung gebilligt wurden. Diese Entschlüsse besagen u. a.:

Das deutsche Volk ist zur Zeit in biologischem Niedergang begriffen. Aufgabe der deutschen Politik ist es infolgedessen, die Lebensgeister zur Anerkennung und die Naturordnung, auf der die Erhaltung und Aufwärtsentwicklung eines jeden Volkes beruht, zur Geltung zu bringen. Im Sinne der Encyclica Quadragesimo ist der weiteren Proletarisierung der Arbeiterschaft und dem Absterben des selbstständigen Mittelstandes entgegenzuwirken. Wichtige gesellschaftliche Maßnahmen zur Volksgesundheit sind unter anderem die Verbesserung des Bodenrechts und die planmäßige Förderung des Wohnungsbaues, des Heimstätten- und Siedlungswesens.

Sittlichkeitslich der Zerfahrenheiterscheinungen, die neben dem Kampf gegen die christliche Ehe und Familie gegenwärtig das deutsche Volk bedrohen, wurden folgende Forderungen aufgestellt:

Die zerstörende Propaganda des Bolschewismus ist mit unbedingter Entschiedenheit zu bekämpfen. Wirtschafts- und außenpolitische Rücksichten dürfen keineswegs der planmäßigen Unterwerfung unseres Volkstums freie Bahn geben. Gegen die Freidenker- und Gottlosenbewegung ist die in der Reichsverfassung verbriefte Vorzugstellung der christlichen Religion mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Die herabsetzende Propaganda gegen die christliche Religion, ihre Einrichtungen und Gebräuche ist gemäß dem geltenden Strafrecht und der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu verhindern. Eine neue Strafrechtsordnung, die der Religion und der Volkssittlichkeit nicht den notwendigen Schutz gewährt, ist abzulehnen.

Auf sozialem Gebiet sind vordringlich: Die Erhaltung und Pflege echten Volkstums in der Jugend, die Freiheit der Jugendpflege und Jugendbewegung voraus. Geistige Vergewaltigung des jungen Lebens nach faschistischem oder bolschewistischem Muster lehnen wir für die deutsche Jugend entschieden ab.

Die Zusammenarbeit der Katholiken mit den anderen christlichen Konfessionen zur Erhaltung christlich-sittlichen und deutschen Volkstums ist eine vaterländische Notwendigkeit.

Die gangbaren Wege müssen von Fall zu Fall ermittelt werden. Wir fordern insbesondere schärfste Anwendung der Verordnung des preussischen Innenministeriums vom 18. Juni 1931. Iosortigen Erlaß zweckdienlicher Ausführungsbestimmungen zu Paragraph 13 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, sowie eine gerichtliche Behandlung und Entscheidung der Sittlichkeitsvergehen im Sinne des Gesetzgebers. Die Versammlung beschloß ferner einstimmig, als Tagungsort für den nächsten Katholikentag 1932 Essen zu wählen.

An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde ein Jubiläumstelegramm gerichtet. Ferner sandte der Katholikentag ein Telegramm an den Apostolischen Nuntius in Madrid, das den Katholiken Spaniens den Ausdruck treuester Anteilnahme übermittelt. Zum Schluß erklärte die Versammlung, daß die Caritas nicht in Worten bestehen dürfe, sondern in Taten umgesetzt werden müsse. Zu diesem Zwecke werden am Schlußtage 2000 arme Kinder gespei.

Zum Präsidenten der 70. Generalversammlung deutscher Katholiken war Reichstagsabgeordneter Joos gewählt worden.

## Stegerwald in Nürnberg.

Der Reichsarbeitsminister über Weltkrise und Arbeitslosenproblem.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hielt in der im Rahmen des Nürnberger Katholikentages veranstalteten Arbeiter- und Männerversammlung eine Ansprache, in der

er u. a. ausführte, es sei falsch, zu glauben, daß es bei der Lohn- und Sozialpolitik in der Hauptsache bloß auf den Willen des Arbeitsministers ankäme. Ohne die Befriedigung Europas könne die Weltkrise nicht gemindert werden. Arbeitslosenproblem Deutschlands nicht bewältigt werden. Voraussetzung für ein befriedigtes Europa aber sei die Anerkennung der Gleichberechtigung der europäischen Großstaaten.

In den letzten Jahren, so fuhr der Minister fort, seien an die deutsche Wirtschaft Anforderungen gestellt worden, die diese gar nicht habe erfüllen können. Die Siegerstaaten stellten hohe Forderungen und suchten diese zu kommerzialisieren. Deutschland seien durch Krieg und Inflation einhundert bis einhundertfünfzig Milliarden Reichsmark seines Vermögens vermindert oder weggenommen worden. Die deutsche Wirtschaft sollte außer Reparationen anständiger Löhne zahlen und außerdem hohe Beträge für Sozialversicherung aufbringen. Das alles zusammen genommen sei eine Unmöglichkeit gewesen. Die nächsten Monate könnten nur überstanden werden, wenn das deutsche Volk in allen Schicksal als eine gegenseitige Opfergemeinschaft fühle.

Man müßte sich in Deutschland, so erklärte Dr. Stegerwald weiter, von der Vorstellung frei machen, daß zur Kartell- und Zollschutz etwas selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier das allein gegebene sei. Zum Schluß führte der Minister aus, er habe die feste Zuversicht, daß Deutschland allmählich das schlimmste Unwetter hinter sich beläme.

## Bauernverein und Volksnot.

Der Christliche Bauernverein veranstaltete zum ersten Male in Verbindung mit dem Deutschen Katholikentag eine große Bauernkundgebung, auf der u. a. der Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Reichsminister a. D. Dr. Hermes das Wort ergriff. In einer Entschlüsselung wurde die dringende Mahnung an alle berufenen und verantwortlichen Kreise gerichtet, der Gefährdung des Bauernstandes mit allen geeigneten Mitteln zu steuern. Die katholischen Bauern seien entschlossen, zur Überwindung der schweren Not ihre äußersten Kräfte einzusetzen. Ungeachtet der eigenen Not werden die katholischen Bauern in christlicher Opferbereitschaft freudig und tätig mitwirken, um Millionen bedrängter Volksgenossen vor Hunger und Elend zu schützen.

## Ausschluß Macdonalds.

Aufforderung zur Mandatsniederlegung.

— London, 31. August.

Während Macdonald einen kurzen Erholungsurlaub am Wochenende in seiner schottischen Heimat verbrachte, ist er sowohl von der Ortsgruppe London-Hampstead der Arbeiterpartei, der er bisher angehörte, als auch von den Mitgliedern des Bezirksvorstandes seines bisherigen Wahlkreises Seaham in der nordenglischen Grafschaft Durham aufgefordert worden, sein Mandat niederzulegen.

Macdonald hatte an den Bezirksvorstand in letzter Stunde einen Brief gerichtet, in dem er nach einer Darlegung der Gründe für sein Vorgehen darum bat, einstweilen seinen Beschluß zu fassen, fügte aber hinzu, daß er sich im voraus an den Beschluß für gebunden fühle. Dennoch ist, so wie in Hampstead, der Ausschluß beschlossen worden.

## Brasilien stellt die Schuldenfälligkeit ein.

— Rio de Janeiro, 31. August. Die brasilianische Regierung hat beschlossen, die Tilgung der auswärtigen Schulden einstweilen auszusetzen mit Ausnahme der beiden Fundierungsanleihen und der Kaffeeanleihe von 1922.

## Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.

Montagabend 8 Uhr: Letzte Besprechung der Wanderfreizeit im Gruppenaal.

Dienstag 8 Uhr: Bethelgruppenabend, ältere Abteil., im Gruppenaal.

Mittwochabend: Vereinsstunde; die Afrikagröße nicht vergriffen.

Donnerstag nachmittag 5 Uhr: Jungschär.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8¼ Uhr in „Ephrata“ Männerchor.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Die Verlobung meiner Tochter Esther-Marie Frein Quad mit Herrn Pastor Hans Diekmann in Lippstadt besche ich mich hiermit bekannt zu geben.

Marie Freifrau  
Quadt Wykradt-Hüchtenbruch  
geb. Gräfin von Schwerin

Neustadt i. M., im August 1931

Meine Verlobung mit Esther-Marie Frein Quad, Tochter des verstorbenen Generalleutnants Alfred Freiherrn Quad und seiner Gemahlin Marie Freifrau Quad geb. Gräfin von Schwerin, gestatte ich mir, ergebenst anzuzeigen.

Hans Diekmann  
Pfarrer

3. St. Amrum, im August 1931

Bethelhofspis 2

## Bethel bei Bielefeld.

### Die staatl. anert. Haushaltungsschule

Stadthaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta

betet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Hausbaus. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

## 4 bzw. 7 Zimmer-Wohnung zu vermieten.

Zentralhgg., fl. w. und l. Wasser, Bad. In entzückend gelegener Dorf, Nähe der bekannten Schulstadt Westf. D. Laufst. Postautohaltestelle. 75 bzw. 100 RM pro Monat. Auf Wunsch kann Garage, Kleinviehstall, Gemüsegarten zur Verfügung gestellt werden. Sehr geeignet für Gärten und Enten, auch da an Wasser gelegen. Anfragen an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1833.

Gut erhaltenes  
**Klavier**  
Nußbaum, zu verkaufen.  
Richter, Kracks.

Suche für meine Tochter, 22 J., seither auf Büro tätig, jedoch auch in Hauswesen nicht unerfahren,  
**Stelle**  
als Haustochter in entschieden christlichem Hause, wo sie sich im Haushalt weiter ausbilden kann.  
Frau A. Fürt, Eibelshausen, (Dillkreis.)

Mein edler  
**Tilsiter Vollkornkase**  
mit 48/52%, Fett i. T. kostet ab heute nur RM 0.50 pro Pfd. Versand erfolgt nur in Postkolli und Nachn. Porto u. Verpackung frei.  
**Friedrich Stolzka**  
Dampfmolkerei Jedwillen.  
Post Motzweihen. Tilsiter Niederung.